

Bjorn Höcke, 10 Mai 2015

Liebe Parteimitglieder, Unterstützer und Sympathisanten der Alternative für Deutschland die meisten von Ihnen haben sicherlich bereits in den letzten Wochen und Monaten Kenntnis von den innerparteilichen Auseinandersetzungen rund um den Bundesvorstand erfahren. In einer Partei - zumal einer so jungen wie der AfD - sind solche Prozesse nicht völlig zu vermeiden.

Die Art und Weise, wie die Auseinandersetzungen geführt werden, geben jedoch verstärkt Anlass zur Kritik. Dies gilt aus Sicht des Landesvorstands insbesondere für die Fälle, in denen ohne ausreichende sachliche Basis gegen Mitglieder der Vorwurf erhoben wird. Abgrenzungsschwierigkeiten zum rechtsextremen politischen Bereich zu haben. Sie alle wissen um die Brisanz eines solchen Vorwurfs und seine Auswirkungen auf den politischen Diskurs.

Diese Woche traf der Vorwurf unseren Landessprecher Björn Höcke. Ausgangspunkt hierfür war ein Interview mit dem Thüringer Allgemeinen, welches zu dem folgenden Artikel führte:

<http://www.thueringer-allgemeine.de/.../Thueringer-AfD-Chef-H...>

Björn Höcke hat daraufhin eine Klarstellung veröffentlicht, welche im Gesamttext in der Anlage dieses Schreibens abgedruckt ist. Wir meinen, dass damit allen Behauptungen die Basis entzogen wurde, Björn Höcke hätte sich von der NPD nicht genügend distanziert.

Der Sprecher des Bundesvorstands unserer Partei, Bernd Lucke, forderte Björn Höcke laut Zeitungsberichten vom gestrigen Tage allerdings auf, umgehend alle Ämter niederzulegen und aus der AfD auszutreten. Er begründete dies damit, dass Björn Höcke sich angeblich nicht genügend von der NPD distanzieren würde.

<http://www.welt.de/.../Lucke-will-AfD-Landeschef-wegen-NPD-Na...>

Der Thüringer Landesverband, die Thüringer Landtagsfraktion und Björn Höcke selbst haben sich aber mehrfach klar und deutlich von der NPD abgegrenzt. Folgende Zitate stammen beispielsweise von Björn Höcke:

„Ich lehne jede Form von Rechts- oder Linksextremismus entschieden ab. Politischer Extremismus muss im politischen Diskurs hart bekämpft werden. Nulltoleranz muss gegenüber Gewalt in der politischen Auseinandersetzung

bestehen. [...] Weder der Thüringer Landesverband noch die Alternative für Deutschland im Ganzen kooperieren mit der NPD. Die NPD spielt bei der politischen Positionierung der AfD schlicht keine Rolle, da unsere Partei bürgerlich ausgerichtet ist. Die AfD ist eine Partei, die keine ehemaligen NPD-Mitglieder aufnimmt – im Gegensatz z.B. zur CDU, die unter bestimmten Umständen keine Schwierigkeiten darin sieht, ehemalige NPD-Mitglieder aufzunehmen.“

Inhaltlich ist also kein Dissens zwischen Herrn Lucke und Herrn Höcke zu erkennen. Es drängt sich daher der Eindruck auf, dass die momentane Zuspitzung der Auseinandersetzung durch die Rücktrittsforderung von Bernd Lucke weniger inhaltlich begründet ist, als vielmehr in der nahenden Bundesvorstandswahl und der damit einhergehenden innerparteilichen Auseinandersetzung zu erklären ist. Dies ist sehr zu bedauern, zeichnet es doch von der AfD – zumal im unmittelbaren Vorfeld der Wahl in Bremen – ein sehr unvorteilhaftes Bild.

Wir wünschen uns daher, dass entsprechende Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Bundesvorstand und dessen Besetzung ab sofort ausschließlich innerparteilich stattfinden und nicht mehr über die Presse ausgetragen werden.

Des Weiteren gilt: Der Zweck heiligt nicht in jedem Fall die Mittel!

Sämtliche Mitglieder, auch diejenigen des Bundesvorstandes, sollten in der Auseinandersetzung einen fairen Umgang wahren und nicht mit pauschalen Etikettierungen arbeiten, bloß um die Position innerparteilicher Konkurrenten zu untergraben.

Wir stehen voll und ganz zu Björn Höcke und einem sachlichen, politischen Diskurs ohne Denk- oder Sprechverbote. Die Forderung nach einer Ämterniederlegung und einen Parteiaustritts von Björn Höcke lehnen wir ab. Auch Bundesvorstandsmitglieder wie Frauke Petry und Alexander Gauland haben der Forderung Bernd Luckes zwischenzeitlich widersprochen.

Wenn auch Sie die Rücktrittsforderungen für überzogen halten, führen wir Sie gerne als öffentlichen Mitunterzeichner dieser Erklärung, wenn Sie uns eine entsprechende Zustimmung durch eine E-Mail mit Ihrem Namen an die Emailadresse

Zustimmung@afd-thueringen.de

www.facebook.com/medkova

signalisieren. **Bitte berücksichtigen Sie, dass wir diese Erklärung und die Namen der Unterzeichner zu veröffentlichen beabsichtigen, etwa in sozialen Netzwerken wie Facebook und auf der Internetseite des Landesverbands.** Auch

insofern würden wir Ihre Email als Zustimmung begreifen, wenn Sie uns nichts Gegenteiliges mitteilen. Wir bedanken uns bereits jetzt für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
Die Mitglieder des Landesvorstandes

- Dr. Wolfgang Prabel
- Bärbel Kowsky
- Klaus Gebhardt
- Prof. Michael Kaufmann
- Heike Rothe
- Roman Golombek
- Dr. Jens Dietrich
- Stefan Möller

Anlage:

Stellungnahme von Björn Höcke zu Artikeln aus der Thüringer Allgemeinen vom 6. und 7. Mai

"Die beiden Artikel, die diese Woche in der Thüringer Allgemeine erschienen sind, erwecken den falschen Eindruck, ich würde mich nicht von der NPD abgrenzen. Dieser Eindruck entspricht allerdings nicht den Tatsachen.

Die AfD-Fraktion, der Thüringer Landesverband und ich selbst haben uns seit Gründung der AfD immer klar und deutlich von der NPD und anderen extremistischen Organisationen abgegrenzt. Weder der Thüringer Landesverband noch die Alternative für Deutschland im Ganzen kooperieren mit der NPD. Die NPD spielt bei der politischen Positionierung der AfD schlicht keine Rolle, da unsere Partei bürgerlich ausgerichtet ist. Die AfD ist eine Partei, die keine ehemaligen NPD-Mitglieder aufnimmt – im Gegensatz z.B. zur CDU, die unter bestimmten Umständen keine Schwierigkeiten darin sieht, ehemalige NPD-Mitglieder aufzunehmen. Aus diesem Grunde sind rechtsextreme Positionen, wie sie die NPD vertritt, weder beim AfD-Landesverband, der Fraktion oder mir zu finden, auch wenn der Versuch einer Konstruktion entsprechender Vorwürfe aus den Bereichen der linksextremistischen Gegnerschaft der AfD gelegentlich mit haarsträubenden Argumentationen unternommen wird.

Andererseits weigere ich mich aber auch, Menschen von vornherein aufzugeben, auszugrenzen und sozial zu ächten, weil sie in der falschen Partei sind oder waren. Auch Anhänger extremistischer Strömungen haben einen Anspruch auf politische Resozialisierung. Dies gilt im Übrigen für Mitglieder linksextremistischer Organisationen, wie der KPD, aber auch für Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen, wie der NPD. Die NPD vertritt unzweifelhaft politische Überzeugungen, die der AfD völlig fremd sind. Auch wenn mir die internen Verhältnisse der NPD unbekannt sind, ist es nach meiner Überzeugung wahrscheinlich, dass es dort auch Menschen gibt, die man wieder für unsere Demokratie gewinnen kann, weil sie eben nicht überzeugte Rassisten oder Fremdenhasser sind, sondern aufgrund politischer Naivität bzw. zum Beispiel jugendlicher Unerfahrenheit in diese Partei gelangt sind. Ich halte es zudem schlicht für falsch, sämtliche Mitglieder dieser Partei über einen Kamm scheren und ihnen nicht zuzugestehen, dass auch sie in der Lage sind, einmal gewonnene falsche Überzeugungen zu überdenken und einen politischen Lernprozess erfolgreich zu absolvieren.

Ich lehne jede Form von Rechts- oder Linksextremismus entschieden ab. Politischer Extremismus muss im politischen Diskurs hart bekämpft werden. Nulltoleranz muss gegenüber Gewalt in der politischen Auseinandersetzung bestehen. Ich verstehe aber die Bedenken gegen das neuerliche NPD-Verbotsverfahren. Rechtliche Verbote führen nicht zwangsläufig zum Umdenken. Die Erfahrung zeigt, dass häufig sogar das Gegenteil der Fall ist. So besteht die Gefahr, dass eine ohnehin im Ansehen der Bevölkerung so schwer angeschlagene politische Organisation durch eine neue Organisation abgelöst wird, die inhaltlich dasselbe vertritt. Das will ich nicht. Mit diesen Bedenken gegen ein NPD-Verbotsverfahren stehe ich nicht alleine da: Auch namhafte Vertreter von CDU, SPD, Grünen und Linken sehen das Verbotsverfahren aus diesen Gründen kritisch, ebenso unser Parteisprecher Bernd Lucke."

www.facebook.com/vdr.medkova

Bernd Lucke, 11 Mai 2015:

Liebe Mitglieder und Förderer der AfD,

mein Mitsprecher Dr. Konrad Adam hat unser Erscheinungsbild in den letzten Monaten dafür verantwortlich gemacht, der Bild-Zeitung mitgeteilt, es gebe handfeste Indizien dafür, dass ich mich entschlossen habe, die AfD zu verlassen. Ich war sehr überrascht, sozusagen die Nachricht meines eigenen Ablebens lesen zu müssen. Dies umso mehr, als Herr Adam mich zu meiner angeblichen Absicht nie befragt hat. (Eine gegenteilige Darstellung im Spiegel ist unwahr.) Herr Adam hat ein Gerücht an die Bild-Zeitung gegeben, ohne sich vorab bei mir nach dessen Wahrheitsgehalt zu erkundigen.

An dem Gerücht ist lediglich wahr, dass ich mir große Sorgen um die AfD mache. Und zu diesen Sorgen zählt, dass ein von mir geschätzter Mann wie Herr Dr. Adam mit falschen Freunden an der falschen Front kämpft.

Meine Damen und Herren, ich mache mir Sorgen um die AfD. Ich werde darauf gleich ausführlich eingehen, aber lassen Sie mich zunächst zu den positiven Nachrichten kommen: Seit heute liegt die Bremer Bürgerschaftswahl hinter uns. Vermutlich sind wir zum fünften Mal in Folge in ein Landesparlament eingezogen. Mein Glückwunsch gilt Christian Schäfer und seinem Team, mein Dank allen Parteifreunden, die sich am Bremer Wahlkampf beteiligt haben und dafür teilweise lange Anreisen aus anderen Bundesländern auf sich genommen haben.

Zum zweiten Mal aber hat die FDP aus der Versenkung hochsteigen können mit Resultaten, die besser sind als die der AfD. Das ist nicht gut. Liberalen

Wählern scheint eine profillose FDP attraktiver als die AfD. Das war im vorigen Jahr noch ganz anders: Die FDP schien sicher für „fast drei

Prozent“ zu stehen. Ein Narr, wer nicht unser Erscheinungsbild in den letzten Monaten dafür verantwortlich machte, dass uns eine Wählergruppe den Rücken kehrt, die einst aus gutem Grund zu uns gekommen ist.

Bei der Bundestagswahl in Bremen errang die AfD 3,7% der Stimmen, bei der Europawahl waren es 5,8%.

Bremen ist für uns ein schwieriges Terrain. Zudem wurde der Wahlkampf jetzt durch ausgiebige mediale Berichterstattung über parteiinterne Querelen behindert. Wir selbst haben es den Bremer Parteifreunden so schwer gemacht wie nur möglich. Und damit haben wir nur fortgesetzt, was schon den Hamburger Parteifreunden den Wahlkampf vergällt hat.

Meine Damen und Herren, in dieser Form können wir nicht weitermachen. Seit unserer Gründung kommt es immer wieder zu teilweise heftigen innerparteilichen Streitigkeiten. Sie nehmen mit der Zeit eher zu als ab. Sie kompromittieren unser Ansehen in der Öffentlichkeit, sie kosten unendlich viel Kraft, sie vergiften das Klima in der Partei und sie führen dazu, dass engagierte Mitglieder entnervt aufgeben.

Die nächsten Landtagswahlen sind erst im März 2016. Das gibt uns eine kleine Atempause, in der wir uns dringend offen mit den Ursachen einer sich immer tiefer in die Partei hineinfressenden Krise befassen müssen. Denn wir dürfen nicht länger das tun, was wir an den Eurorettern kritisieren: Uns mit schönen Worten über Einheit und des Zusammenhalts vorzulügen, dass wir einfach so weiter

www.facebook.com/dr.medkova

machen könnten wie bisher. Es gibt Spannungen und Probleme in der Partei, die ein Umsteuern erfordern, sonst scheitert die AfD.

1. Der Verlust „bürgerlicher“ Mitglieder

Wie ich aus zahllosen Gesprächen weiß, sind vielen Mitgliedern - vor allem denen, die weniger aktiv sind - diese Gefahren für die Partei nicht bewusst. Das liegt teilweise daran, dass wir immer versucht haben, Geschehnisse, die die Presse zu negativer Berichterstattung nutzen könnte, zu verdecken oder möglichst geräuschlos beiseite zu schieben. Es liegt aber auch daran, dass sich gerade die besorgniserregenden Veränderungen der Partei zunächst und vor allem „unterirdisch“ abspielen: In einigen Facebookgruppen, in Netzwerken Gleichgesinnter, die organisieren, um Vorstände zu stürzen oder in geschlossenen Foren, in denen teilweise unsäglicher Art völlig abwegige Gerüchte geschürt, Rülpsen bejubelt oder missliebige Parteifunktionäre geschmäht werden.

Das erste Problem ist untrennbar verbunden mit dem Schmutzimage, das politische und mediale Gegner der AfD in der öffentlichen Wahrnehmung verpasst haben. Hierauf gibt es in der Partei im wesentlichen zwei Reaktionen. Ein Teil der Partei hat sich damit abgefunden und betrachtet es als den notwendigen Preis, den man bezahlen müsse, wenn man gegen den „Mainstream“ agiere. Ein anderer Teil der Partei aber ist zunehmend besorgt, weil die Mitgliedschaft in der AfD immer öfter vom Arbeitgeber missbilligt wird, weil sie zu beruflichen Nachteilen führt, weil Kunden verloren gehen und weil man sich sozial ins Abseits gerückt sieht, wenn man merkt, dass Freunde und Bekannte, ja manchmal sogar Familienmitglieder auf Distanz gehen. Und diese Mitglieder ziehen sich resignierend zurück und verlassen früher oder später die Partei.

Meine Damen und Herren, wir wollten anders sein als die Altparteien – eine wahre Alternative. In diesen verdeckten Strukturen zeigt sich aber ein Anderssein, das unsere Partei nicht auszeichnet sondern besudelt. Und jetzt, wo wir erstmals längere Zeit keinen Wahlkampf vor uns haben, müssen wir mit dem Mut zur Wahrheit über Zersetzungsprozesse im Inneren der Partei und über einige andere Probleme sprechen, durch die die Partei gefährdet ist. In dieser email will ich meine Sicht der Dinge relativ ungeschminkt darlegen – und weil die Gefährdung der Partei groß ist, bitte ich um Verständnis für die Länge der Mail.

Ich sehe im wesentlichen drei Probleme, die den Bestand der Partei

Wir müssen diese Entwicklung unbedingt stoppen. Ich widerspreche hier energisch Herrn Gauland, der im Handelsblatt (und mir persönlich) gesagt hat, er wolle nicht auf das Bürgertum setzen, denn wir seien eine Partei der kleinen Leute. Ich kann vor dieser Strategie nur eindringlich warnen. Wer die AfD zu einer Partei der „kleinen Leute“ machen will, zerstört die AfD, in der „bürgerliche“ Mitglieder einen ganz wesentlichen Teil der Mitgliedschaft ausmachen.

Die AfD ist keine Partei der kleinen Leute, sondern eine Volkspartei, die allen Schichten des Volkes eine Heimat bietet. Gute Politik besteht darin, man nicht allein den Interessen einer bestimmten Klientel dient, sondern einen vernünftigen Interessenausgleich erwirkt - auch zwischen den Gruppen, die man etwas holzschnittartig als „bürgerlich“ oder als „kleine Leute“ bezeichnen mag.

Um von diesen Klischees schnell wieder wegzukommen: Ein seriöses Image der AfD ist wichtig für viele Mitglieder, die mitten im Beruf stehen, die auf ein berufliches Fortkommen hoffen und in ihrem Freundeskreis nicht mit schiefen Blicken bedacht werden möchten. Wir wollen die AfD-Mitgliedschaft ja nicht verstecken müssen, sondern wir wollen stolz darauf verweisen und für die AfD werben können.

Viele von uns haben einen Ruf zu verlieren und jeder, der in der AfD Verantwortung trägt, ist verpflichtet, den guten Ruf der Mitglieder zu schützen. Deshalb muss er das Ansehen der Partei fördern und alles vermeiden, was dazu führen könnte, dass allein die bloße Parteimitgliedschaft von unseren Mitgliedern als rufschädigend wahrgenommen wird.

www.facebook.com/dr.medkova

2. Grundausrichtung und inhaltliche Grenzen der AfD

Das zweite große Problem liegt in der Grundausrichtung der Partei bzw. in den inhaltlichen Grenzen, die sich die AfD setzt. Dabei geht es nicht um eine Abgrenzung zum Rechtsradikalismus. Diese ist für alle Parteimitglieder selbstverständlich. Sondern es geht darum, klar zu sagen, wofür die AfD steht und für welche Positionen sie nicht steht. Der Bürger muss wissen, was die AfD vertritt und auch die AfD-Mitglieder müssen sich darauf verlassen können, dass sie nicht für Vorstellungen in Haftung genommen werden, die ihren eigenen diametral entgegengesetzt sind.

Gewiss: Es gibt viele politische Fragen, bei denen es geradezu zu den Stärken einer Partei gehört, dass sie unterschiedliche Meinungen vereint. Dass in der AfD konservative, liberale, soziale und libertäre Ideen vertreten

werden, ist gut, weil dies die
Grundlager lebendiger Diskussionen ist.
Aber es gibt auch besonders
grundlegende Positionen, die Mitglieder
als nicht verhandelbar ansehen. Jedes
Mitglied hat rote Linien, die nicht
überschritten werden können, ohne
dass es die Partei verlässt.

Auch hier gibt es, vereinfacht
gesprochen, zwei sehr unterschiedliche
Gruppen von Mitgliedern. Die eine
Gruppe kritisiert wichtige politische
Fehlentwicklungen (z. B. Euro,
Energiepolitik, Bildungspolitik,
Einwanderungsgesetze,
Demokratiedefizite), akzeptiert aber die
wesentlichen gesellschaftlichen
Grundentscheidungen der
Bundesrepublik Deutschland. Die
andere Gruppe stellt eben diese in
Frage, sie äußert sich deshalb in den
unterschiedlichsten Akzentsetzungen:
neutralistisch, deutschnational,
antiislamisch, zuwanderungsfeindlich,
teilweise auch antikapitalistisch,
antiamerikanisch oder antietatistisch.
Es fallen in diesem Zusammenhang
auch unpräzise (aber bezeichnende)
Kampfbegriffe wie Mainstream,
Establishment, Systemfrage.

Die programmatische Beschlusslage
der AfD ist eindeutig im Sinne der
ersten Gruppe – und ich bin der festen
Überzeugung, dass diese die große
Mehrheit der Parteimitglieder
ausmacht. Vielleicht ist aber eben dies
der Grund dafür, dass die zweite
Gruppe ihre Vorstellungen besonders
vehement und laut vorträgt. Dies
wiederum provoziert Vertreter der
ersten Gruppe und darüber entbrennt
ein heftiger Streit, der das Ansehen
AfD in der Öffentlichkeit schädigt.

Wir alle wünschen uns Harmonie in der
Partei – und immer wieder werden wir
angesichts des fortgesetzten Streits

Pufe zum Zusammenhalt laut. So
ist verständlich dies ist: Ich glaube nicht,
dass Appelle zur Geschlossenheit hier
weiterhelfen. Die Grundvorstellungen
dieser beiden Gruppen sind
unvereinbar, auch wenn man in
Einzelfragen Kompromisslösungen
erreichen kann. Tatsächlich aber ist es
ein Streit darüber, ob die
Grundausrichtung der Partei hin zu
dem radikalen, systemkritischen Ansatz
verschoben werden soll. Ich hielte das
für fatal, aber wir haben den Streit und
er muss entschieden werden. Dies
umso mehr als sich damit auch
entscheidet, welche Personen die Partei
künftig vertreten sollen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie
uns Mut zur Klarheit haben. Es nützt
nichts, Konflikte zuzukleistern - man
muss sie lösen. Der Konflikt über die
Grundausrichtung der Partei muss
entschieden werden und auch wenn
diese Entscheidung zu
Mitgliederverlusten auf der einen oder
anderen Seite führen wird, halte ich
dies für besser, als dass die Partei sich
in einem ständig schwelenden und
immer wieder aufflackernden Streit
über Monate oder Jahre hin zerreibt.
Dies ist weder unseren Mitgliedern,
noch unseren Funktionsträgern noch
unseren Wählern zuzumuten. Deshalb:
Je eher wir diese Entscheidung treffen,
desto besser.

Übrigens überlappt dieses zweite
Problem (die Grundausrichtung der
Partei) natürlich mit dem ersten
Problem (die drohende
Entbürgerlichung). Und auch die am
Anfang von mir bereits erwähnten
Stilfragen spielen hier eine große Rolle.
Insbesondere in den geschlossenen
Facebookgruppen, in den Foren, die nur
für die Freaks kennen, oder in Netzwerken
gleichgesinnter werden fundamental-
oppositionelle Vorstellungen teilweise in

einem Ton vorgetragen, der moderat den vergangenen Wochen auf Parteimitglieder erschauern lässt. Mitgliederversammlungen und Parteitag gesehen – und es war nicht zum Vorteil der AfD.

3. Karrieristen, Querulanten und Intriganten.

Das dritte große Problem der AfD ist ist. Aber ich halte sie für wichtig, denn einfach beschrieben: Es gibt Mitglieder die AfD ist in einer schweren Krise. Ich die aus ganz unpolitischen Gründen bin nicht sicher, dass die AfD in der große Aktivitäten in der Partei Form, in der wir sie 2013 gegründet entfalten. Manche wittern in der Partei haben, fortbestehen wird. Es gibt die berufliche Chance eines bislang Kräfte in der Partei, die eine andere, eher erfolglosen Erwerbslebens, andere radikalere AfD wollen.

sehen die Bedeutung ihrer Person Ich will dies nicht. Denn die AfD hat dadurch hervorgehoben, dass sie be nach meiner festen Überzeugung nur allen passenden Gelegenheiten eine Zukunft als bürgerliche, irgendwelche Schwierigkeiten machen sachorientierte und konstruktive und wieder andere (oder auch die politische Kraft aus der Mitte der gleichen) empfinden eine Gesellschaft. Ich will deshalb alles klammheimliche Freude daran, dafür tun, sie als eine solche zu Parteifreunde mit Intrigen erhalten. Aber dafür brauche ich Ihre Schwierigkeiten zu machen. Unterstützung.

Dies alles gibt es sicherlich auch in den Altparteien – vielleicht sogar im selben Umfang. Aber die Altparteien haben die zuvor beschriebenen Probleme der AfD nicht. Und genau diese Probleme bieten

Karrieristen, Querulanten und Bernd Lucke
Intriganten die trefflichsten
Gelegenheiten der

Selbstverwirklichung. Wem es mehr um das eigene Fortkommen als um politische Inhalte geht, der paktiert auch mit den Falschen, wenn dies die Gelegenheit schafft, vermeintliche Konkurrenten aus dem Wege zu räumen. Auch Querulanten und Intriganten richten sich naturgemäß gegen die, die in den bestehenden Strukturen arbeiten und nutzen deshalb gerne die Möglichkeit, denen zu dienen, die am liebsten das Bestehende umstürzen würden. So erhalten Kräfte in der Partei Auftrieb weit jenseits ihrer tatsächlichen Bedeutung. Manches Resultat dieser vereinten Anstrengungen haben wir